

FDP
Die Liberalen



BASLER FREISINN

Basel-Stadt Radikal	2/3/4/5/6 7	Jungfreisinnige Geldspielgesetz	8 9	Schweizer Tourismus Delegiertenversammlung	10 12/13	Seite der Präsidentin Unter Freisinnigen	20 22
---------------------	----------------	------------------------------------	--------	---	-------------	---	----------

41. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

Inhalt

Wahlen in Riehen 2018

Kandidierende für den Einwohnerrat
[Seite 2](#)

Neue Ideen zur Gesundheitsfinanzierung

Dr. med. Simon Lauper über das 3-Säulen-Prinzip
[Seite 3](#)

Geliebter Freisinn

Eva Biland über den Freisinn in Bettingen
[Seite 4](#)

Woher und wohin? Die liberal-radikalen freisinnigen Demokraten

Gastbeitrag von Thomas Kessler
[Seite 5](#)

Referendum gegen das Geldspielgesetz

Von Titus Hell
[Seite 6](#)

Wahlbeobachtung in Kirgisistan

Einen Beitrag für freie und faire Wahlen zu leisten, bedeutet, sich für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Frieden zu engagieren. Ziel ist es immer, aktiv «freie und faire» Wahlen anzustreben und zu unterstützen. Dazu braucht es wohl auch eine Portion Idealismus und altruistischen Geist. Ein Bericht von Nationalrätin und Wahlbeobachterin Doris Fiala.
[Seiten 16 und 17](#)

Gesamterneuerungswahlen Riehen 2018

Am 4. Februar 2018 finden in Riehen Gesamterneuerungswahlen statt. Der Gemeinderat und der Einwohnerrat werden neu gewählt. Die FDP.Die Liberalen Riehen schickt wiederum Gemeinderätin Silvia Schweizer ins Rennen und tritt mit einer ausgewogenen und interessanten 20er-Liste zu den Einwohnerratswahlen an.

Andreas Zappalà, Präsident FDP.Die Liberalen Riehen

Sämtliche Mitglieder der FDP-Einwohnerrats-Fraktion stellen sich zur Wiederwahl. Neben Fraktionspräsident und GPK-Präsident Daniel Liederer sind dies Christine Mumenthaler und Elisabeth Näf, welche sich mit ihren Einsätzen in den Sachkommissionen Bildung und Familie sowie Gesundheit und Soziales mit bildungsnahen und sozialen Aspekten der Gemeindepolitik befassen. Für Verkehr und Siedlung zeichneten die Gewerbler Dieter Nill und Daniel Wenk verantwortlich. Der Fraktion gehörte zudem Grossrat und Riehener Parteipräsident Andreas Zappalà an.

Erfreulicher Anteil Frauen- und Jungkandidaturen

Mit insgesamt acht Kandidatinnen weist die Einwohnerratsliste einen erfreulichen Frauenanteil auf. Neben den beiden bisherigen Einwohnerrätinnen und Gemeinderätin Silvia Schweizer kandidieren die in Riehen bestens vernetzten Denise Gilli, Juristin, Barbara Näf, dipl. Pflegefachfrau, und Christiane Senn, dipl. Ingenieurin,

die Schulrätin Erlensträsschen Dr. Sandra Siehler Wagner sowie von den Jungfreisinnigen Lara Brönnimann. Die JFBS ist zudem mit deren Präsidenten David Pavlu sowie Carol Baltermia, Präsident des Schulrats Hinter Gärten, prominent vertreten.

Ausgewogene Liste

Zu einer ausgewogenen Liste tragen auch die Kandidaturen von Parteivizepräsident Dr. Sam Schüpbach, Vorstandsmitglied Serge Meyer, Vorstandsmitglied und Elternrat, Marcel Hügi, Leiter des Geschäftsfelds Integration des Bürgerspitals Basel, Bernhard Regli, Leiter Lehrwerkstätten Basel, Immobilienfachmann Thomas Coerper sowie Franz X. Rubischung, Informatiker, bei.

Verkehr und Gemeindefinanzen

Die FDP wird mit den Themenschwerpunkten Verkehr und Gemeindefinanzen in den Wahlkampf ziehen. Riehen kämpft derzeit mit diversen Verkehrsproblemen. Verantwortlich dafür sind zum einen Strassenerneuerungen, aber auch eine latente Verkehrsüberlastung, verursacht durch Transit- und Pendlerverkehr. Birsfelden hat es vorgemacht,

welche Massnahmen zu ergreifen sind, um die Wohnquartiere nachhaltig zu entlasten. Die FDP-Fraktion hat bereits Vorstösse lanciert, weitere werden folgen. Zudem steht die FDP Riehen für gesunde Gemeindefinanzen ein. Dabei ist insbesondere die Ausgabenseite im Auge zu behalten, damit die Steuerbelastung für die Riehener Einwohnerinnen verkräftbar bleibt oder wird. Auch hier plant die FDP Riehen Vorstösse.

Wahlkampf im üblichen Rahmen

Beim Wahlkampf wird die FDP Riehen die bewährten Wege beschreiten. Neben einer Inseratekampagne werden sich die Kandidierenden an den Standaktionen zeigen und das Gespräch mit der Bevölkerung suchen. Die Mobilisierung und persönliche Kontakte sind auch heute noch Erfolgsgaranten für Wahlen. Zudem ist ein Podium geplant. Den Abwärtstrend, den die FDP bei den letzten Wahlen zu verzeichnen hatte, soll gestoppt werden. Aus diesem Grund hat sich die FDP Riehen den Erhalt ihres Stimmenanteils und ihrer Sitzzahl als Minimalziel gesetzt. Wir zählen auf die Unterstützung der ganzen FDP-Familie.

Riehen

Gesamterneuerungswahlen Riehen 2018

Unsere Gemeinderätin Silvia Schweizer

Silvia Schweizer, 55, ist verheiratet und hat zwei Söhne (21 Jahre und 14 Jahre). Sie führt zusammen mit ihrem Mann die Marcel Schweizer AG und ist seit 10 Jahren Präsidentin des Frauenvereins in Riehen.

Seit 2014 ist Silvia Schweizer Gemeinderätin, zuständig für Bildung

und Familie. Sie ist in ihrem Produktbereich verantwortlich für 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und für 40 Prozent des Gemeindehaushalts von Riehen.

In den vergangenen Jahren hat Silvia Schweizer wichtige Projekte angepackt und im Team erfolgreich umgesetzt. Sie hat Harnos in Riehen umgesetzt, das Tagesstruktur- und Tages-

ferienangebot spürbar verbessert, neue Kindergärten gebaut und saniert. Sie hat das neue Familienleitbild vorangetrieben und das UNICEF Label «Kinderfreundliche Gemeinde» rezerifiziert und damit Riehen noch familienfreundlicher gestaltet.

Als Informatikerin denkt und agiert sie strukturiert, mit ihrer authentischen und kommunikativen Art baut sie par-

teübergreifend Brücken und bringt Projekte voran – so hat sie bisher alle ihre Geschäfte erfolgreich durch den Einwohnerrat bekommen.

Als Unternehmerin verliert sie auch nie den Blick auf die Finanzen. Gerne würde sie die erfolgreiche Arbeit im Gemeinderat fortführen und ihren Beitrag für die nachhaltige Weiterentwicklung von Riehen leisten.

Kandidierende für den Einwohnerrat



Silvia Schweizer
Gemeinderätin



Daniel Liederer
bisher



Christine Mumenthaler
bisher



Elisabeth Näf
bisher



Dieter Nill
bisher



Daniel Wenk
bisher



Andreas Zappalà
bisher



Carol Baltermia



Lara Brönnimann



Thomas Coerper



Denise Gilli



Marcel Huegi



Serge Meyer



Barbara Näf



David Pavlu



Bernhard Regli



Franz Rubischung



Samuel Schüpbach



Christiane Senn



Sandra Siehler
Wagner

Gesundheitspolitik

Neue Ideen zur Gesundheitsfinanzierung: Das 3-Säulen-Prinzip

Die Gesundheitslandschaft kann verschieden eingeteilt werden. Heute erfolgt die Einteilung in ambulante und stationäre Medizin. Die ambulante Medizin soll in der Theorie via Prämien finanziert werden, die stationäre via Steuergelder der Kantone, je etwa hälftig (55 Prozent für Prämien/45 Prozent durch die Kantone). In Wahrheit wird z. B. in BS etwa 60 Prozent der Prämienzahlungen via Steuergelder als Subvention refinanziert.

Dr. med. Simon Lauper,
Vorstandsmitglied FDP Kleinbasel

Die Kosten der KK-Prämien sind relativ zum BIP seit Jahren angestiegen (Gründe vielfältig, darauf kann in dieser Kürze nicht eingegangen werden) und belasten viele Haushalte über die Schmerzgrenze.

Solange das System nicht vollends aus den Fugen gerät, besteht ein überwiegender Konsens, dass allen Menschen in der Schweiz die gleichen gesundheitserhaltenden Massnahmen zugänglich sein müssen. Aktuelle Anreize zur Kostensenkung bestehen fast nur in den Franchisen und im Hausarztmodell. Durch die Subventionen entsteht eine massive Bürokratie.

Was ist zu tun?

Die Kopfprämie soll beibehalten werden als Eckpfeiler der eigenen Gesundheitskosten. Sie müsste aber reduziert und plafoniert werden, ohne Subventionen und mit echten Anreizen. Die Kopfprämien würden nur noch die Leistungen der Grundversorgung beinhalten. Also keine Spitalbehandlungen, Pflegebehandlungen und teuren Therapien (z. B. > Fr. 10000.– pro Krankheitsfall). Die Kopfprämie würde sich erhöhen, wenn nicht eine hohe Franchise entrichtet würde, ein Hausarztmodell gewählt, durch Rauchen und bei Fettleibigkeit (Bsp.: Plafond monatliche Prämie Fr. 200.–, Erhöhung um Fr. 50.– mit zusätzlichen Faktoren, dazu Rückerstattung z. B. Fitnessabo).

Folgen: Anreize für Verbesserung der Gesundheit der gesamten Bevöl-



Simon Lauper

kerung, dadurch Senkung der Ausgaben; wie bisher weniger Konsultationen durch Anreiz der Franchise und weniger Spezialistenbesuche durch Hausarztmodell, dadurch tiefere Kosten; Bürokratieabbau durch Wegfallen der Subventionen (Ausnahme selbstverständlich Existenzehinkommen wie bisher).

Neu soll ein Pflegefonds und ein Gesundheitsfonds geschaffen werden. Der Pflegefonds soll die Kosten der zwei letzten Lebensjahre abdecken. Der Gesundheitsfonds betrifft alle Behandlungen, die nicht durch die Kopfprämie abgedeckt sind (also Spitalbehandlungen, teure Behandlungen, schicksalshafte Erkrankungen usw.) Die Finanzierung läuft wie bisher steuerfinanziert, zudem könnte, analog dem Generationenvertrag in der AHV, ein Lohnprozent vorgeschlagen werden. Die Kosten könnten im Umlageverfahren gedeckt werden.

Folgen: Es herrscht Kostenwahrheit im medizinischen Bereich, die Finanzierung erfolgt wie in der AHV solidarisch in der ganzen Schweiz, die steuerliche Belastung dürfte gegenüber dem Istzustand mit den Subventionen etwa gleich bleiben. Der «Kantönligeist» ist in diesem zunehmend komplexen System nicht mehr zeitgemäss und kontraproduktiv.

Die Krankenkassen müssten evaluieren, ob sie im Grundversorgungsbereich in diesem System ihre Daseinsberechtigung behalten können. Im Sinne einer schlanken Verwaltung ist das durchaus denkbar. Zudem steht jedem offen, eine ergänzende Privatversicherung abzuschliessen, da das dargelegte System selbstverständlich nur die allgemeine Versicherung abdeckt.

Mit diesem System könnte ein immenses Entlastungsprogramm des gebeutelten Mittelstandes etabliert werden. Neu sind ein verändertes Bewusstsein mit dem «Gesundheitsvertrag» der Bevölkerung, eine ehrliche und transparente Kostenverteilung, Anreize dort, wo sie überhaupt möglich sind, erhebliche Verminderung der Bürokratie etc.

Es ist Zeit für wesentliche Veränderungen in der Gesundheitsfinanzierung. Das bestehende System stösst an die Grenzen und ist zunehmend ein unübersichtliches Flickwerk mit einem gegenseitigen Abwälzen der Kosten, ohne nachhaltige Strategie, ohne Anreize für Transparenz und eine Weiterentwicklung des Gesundheitssystems.

Rückblick erste liberale Sommerschule

Die erste liberale Sommerschule, die am 26. August 2017 stattgefunden hat, ermöglichte einen vertieften Einblick in das Thema des Liberalismus und vermittelte auch praktisches Wissen in diesem Bereich. Die beiden Referenten Robert Nef und Christoph Luchsinger setzten unterschiedliche Schwerpunkte. So widmete sich Nef u.a. dem Thema der staatlichen Kulturförderung und wie diese Abhängigkeiten hervorruft, die oft nur schwer wieder zu lösen sind, während Luchsinger eindrücklich die Auswirkungen der verfehlten Wohnungspolitik des Staates aufzeigte und liberale Ansätze präsentierte. Es gibt viele Themen, die an diesem Tag noch nicht unter dem Gesichtspunkt des Liberalismus analysiert werden konnten, weshalb ich mich auf die nächste liberale Sommerschule freue.

Nicolaj Kugler, Jungfreisinnige und Vorstand Basler FDP



Bettingen

Gelebter Freisinn

Eva Biland,
Gemeinderätin Bettingen
und Mitglied der FDP

In der kleinsten Landgemeinde des Kantons Basel-Stadt wird Freisinn gelebt – natürlich nicht parteigebundener Freisinn, sondern im Sinne einer aufgeklärten, freiheitlichen Gesinnung. Die gut 1200 Einwohner von Bettingen bilden eine aufgeklärte und tolerante Dorfgemeinschaft. Als oberstes demokratisches Gut besitzt Bettingen ein politisches Instrument, welches das freiheitliche Denken ungemein fördert: Es ist die Gemeindeversammlung.

An der zweimal jährlich stattfindenden Gemeindeversammlung



Eva Biland

nimmt die stimmberechtigte Bevölkerung die legislative Arbeit selbst vor. Bettingen ist demnach auch die einzige politische Gemeinde im Kanton BS, welche über kein Parlament verfügt. Die Entscheidungswege sind deswegen nicht immer einfacher, aber kürzer, Vorlagen werden direkt von den Einwohnern angenommen oder abgelehnt. Diese freiheitlichen demokratischen Möglichkeiten stärken die Gemeindeautonomie und führen vielleicht mitunter zu einer im Vergleich zu Basel-Stadt und Riehen jeweils höheren Wahlbeteiligung. Selbstbestimmung ist ein attraktiver Wert.

Wie auch in anderen Gemeinden ist es jedoch vor allem die äl-

tere Bevölkerung, welche ihre demokratischen Wahlrechte wahrnimmt und die Gemeindeversammlung besucht. Wo bleibt die jüngere Generation? Macht die demokratische Freiheit letztendlich bequem? Erkennen wir nicht mehr, welch hohes Gut wir in der sozusagen direkten Demokratie haben? Lässt es unser überkultiviertes Freizeitverhalten nicht mehr zu, politische Verantwortung zu übernehmen oder sich in politische Diskussionen einzulassen?

Gelebter Freisinn – wie gesagt im Kontext einer Landgemeinde parteiunabhängig gesprochen – sollte gepflegt und behütet werden, auch in nächsten Generationen.

Publireportage

FDP-Mitglieder stellen sich vor

Vögtli-Mode am neuen alten Standort in der Greifengasse 12

Roland Vögtli, alt Grossrat und langjähriges FDP-Mitglied, freut sich zusammen mit seinem Team, die neusten Kollektionen der Marken Maison Mollerus, Carlo Colucci, HOM, Angels und viele mehr zu präsentieren. Das traditionsreiche Modegeschäft für ein anspruchsvolles Publikum befindet sich NEU wieder in der ursprünglichen Liegenschaft an der Greifengasse 12.

Ein Besuch im neu gestalten Geschäft lohnt sich immer.



Roland Vögtli und sein Team freuen sich über Ihren Besuch.

Vögtli-Mode, Greifengasse 12, 4058 Basel, Tel. 061 691 18 77
www.voegtli-mode.ch



Gastbeitrag

Woher und wohin? Die liberal-radikalen freisinnigen Demokraten

Die Reformkraft des Eidgenössischen Parlaments ist derzeit dürftig, und in Basel sorgt der Geldsegen der Wirtschaft für Behäbigkeit. Ganz anders sieht es ausserhalb Helvetiens aus, heftige Umwälzungen sind im Gange. In solchen Zeiten lohnt sich ein Blick zurück, um dann mit Kraft die Zukunft anzupacken.

Thomas Kessler,
Berater und früherer Leiter
Stadtentwicklung

Unser Spitzenrang in Wohlstand und Innovation verdanken wir ja bekanntlich den freisinnigen Vorvätern, die bei der Bundesrevision von 1833 als Radikale wesentlich weitergehen wollten als die Konservativen und Liberalen. Sie postulierten ein «Volksrecht auf Revolution» mit Rechtsgleichheit für alle, breiter politischer Partizipation, Volkswahl von Exekutive und Gerichten sowie Volksveto und Gesetzesinitiative. Sie sahen sich als Vertreter von Vernunft, Fortschritt und Demokratie – mit allgemeiner Volksbildung sollten die soziale Gleichheit gefördert und mit Säkularisierung und Modernisierung die reaktionären Kräfte zurückgebunden werden. Als Einzige in Europa schafften sie 1848 erfolgreich die bürgerliche Revolution und konnten damit die Schweiz in eine boomende Industrienation verwandeln.

Mit einer Generation Verspätung hat der Freisinn ab 1875 auch in Basel die Politik dominiert, er war die Partei der neu Zugewanderten und hat mit einer dynamischen Bildungs- und Stadtentwicklungspolitik die Grundlagen für das heutige Basel geschaffen. Sinnbildlich stehen die grossartigen Schulhäuser dieser Zeit in der Stadt; sie wurden – wie zum Beispiel das «Sevögeli» – als jeweils erstes Gebäude in neu erschlossenes Gelände gestellt und nach den damals neuesten (Berliner) Erkenntnissen der Hygiene und Pädagogik konzipiert. Säkulare Gratisbildung für alle sollte Basel vorwärts bringen, die katholische Schule



Thomas Kessler engagiert sich beim Freiheitspodium und in der Liberalen Denkfabrik.

wurde 1884 per Volksabstimmung geschlossen.

Mit der scharfen Ablehnung von Kommunismus und Nationalsozialismus bei den Wahlen von 1938 und dem Engagement für das Frauenstimmrecht 1966 ist die Partei den radikal-demokratischen und liberalen Prinzipien treu geblieben. Als Mitarbeiter der freisinnigen Regierungsräte Jörg Schild und Hanspeter Gass konnte ich selbst am Fortschritt mitwirken – von Basel aus wurde die Schweizer Drogen- und die Integrationspolitik modernisiert.

Dieser Gestaltungswille ist in Anbetracht der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen derzeit dringend gefragt. Die Chancengleichheit muss mit Blick auf die Industrie 4.0 neu definiert werden, nur mit echten Chancen schon beim Start in die Bildungswelt können alle daran teilhaben. Und die

demografische und wirtschaftliche Entwicklung des Kantons verlangt in bester radikaler Tradition eine breitere politische Partizipation – ab 16 (wie in GL) und für Niedergelassene (wie seit 1847 in NE). Die Überwindung der unseligen Drogenprohibition und anderer Exzesse der Überregulierung sind rasch anzugehen.

Die Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt bedeuten heute wieder Ähnliches wie 1848: radikal für freie Entfaltung und Mitverantwortung einstehen – und ebenso radikal gegen Bevormundung, Sektiererei und Trägheit. Es muss nicht sein, dass ein berufstätiges Paar mit zwei Kindern in Basel 12000 Franken mehr Steuern und Krankenkassenprämien bezahlt als in Zürich. Mit dem Pioniergeist von 1833/48/75 lässt sich das ändern, viele junge Eltern, Kreative, Freigeister und Verantwortungsträger warten darauf.

Ebbis Interns

Geburtstage

Im September durften wir **Monika Guth Eichner, Seda Kaya, Paul von Gunten, Michael Pfeifer, Helen Burkhalter-Kiefer, Astrid Hediger-Asprion und Bernhard Heller** zu ihren runden Geburtstagen gratulieren.

Im Oktober feierten **Maja Feiner-Krattiger, Hans-Rudolf Stolz, Gerhard Freis und Sarah Zepf** einen runden Geburtstag.

Wir gratulieren allen Mitgliedern zu ihren Geburtstagen und wünschen von Herzen alles Gute.

Abschied Simone König



Am Parteitag vom August wurde **Simone König** verabschiedet. Wir wünschen Simone alles Gute für die Zukunft.

Die FDP trauert um Walti Götz

Die FDP-Familie trauert um **Walti Götz**. Das langjährige Parteimitglied ist am 11. Oktober 2017 im Alter von 93 Jahren verstorben.

Agenda

4. Dezember:

Kleinbasler Fäade-Zieh

6. und 7. Januar 2018:

Traditionelles

FDP-Winterwochenende

16. Januar 2018:

Parteitag der Basler FDP

25. April 2018:

Besuch Klybeckplus

Details siehe:

www.fdp-bs.ch

Jungfreisinnige

Referendum gegen das Geldspielgesetz

**Titus Hell, Vorstand
Jungfreisinnige Basel-Stadt**

Durch die Annahme des direkten Gegenentwurfes der Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls» am 11. März 2012 wurde der Art. 106 BV in der Bundesverfassung verankert. Dieser Artikel soll die Geldspiele regeln und diese Regeln in der Verfassung verankern. Die Geldspiele waren bisher in zwei verschiedenen Bundesgesetzen geregelt. Zum einen im SBG, also im «Bundesgesetz über Glücksspiele und Spielbanken vom 18. Dezember 1998 (SR 935.52)», und zum anderen im LG, also im «Bundesgesetz betreffend die Lotterien und die gewerbmässigen Wetten vom 8. Juni 1923 (SR 935.51)». Diese beiden Bundesgesetze wurden nun durch das neue Geldspielgesetz zusammengeführt und sollen so die Bevölkerung in angemessener Weise vor Gefahren, welche von den Geldspielen ausgehen, schützen. Zudem soll das Geschäft mit den Geldspielen dadurch transparenter und sicherer durchgeführt werden können.

In dem Entwurf des neuen Bundesgesetzes über Geldspiele, kurz E-BGS, gibt es jedoch einige Punkte, welche aus liberaler Sicht klar zu hinterfragen sind. Besonders «Kapitel 7: Ein-



BILD: STEPHANIE HOFSCHLAEGER/PIXELIO.DE

beschränkungen des Zugangs zu in der Schweiz nicht bewilligten Online-Spielangeboten» ist besondere Beachtung zu schenken. In den Art. 84–90 E-BGS wird geregelt, wie der Zugang zu ausländischen Online-Geldspielen zu sperren ist und zeigt die anzustrebenden Verfahren für die von der Sperrung betroffenen Anbieter auf. Interessant ist Art. 87 E-BGS. Dieser besagt, dass wenn ein Anbieter von Online-Geldspielen gesperrt worden ist und ein Nutzer auf dessen Plattform zugreifen will, der Nutzer auf eine Einrichtung umgeleitet werden soll, welche über eine Sperrung informiert. Die Umleitung auf diese Informationseinrichtung soll also die Aufgabe eines digitalen Stoppschildes, einer digitalen Schutzmauer, erfüllen. Nutzer wer-

den aktiv daran gehindert, auf das Angebot des gesperrten, ausländischen Betreibers zuzugreifen.

Diese Regelung ist in mehreren Hinsichten problematisch. Zum einen für den, sich in der Schweiz befindenden Nutzer, zum anderen natürlich für die ausländischen Geldspielbetreiber. Die Nutzer werden in der Wahl ihrer Geldspielbetreiber bzw. Geldspielanbieter und folglich auch in ihrer «digitalen» Bewegungsfreiheit einge-

schränkt, und die ausländischen Betreiber werden klar in ihrer Wirtschafts- und Informationsfreiheit verletzt. Zudem sind solche Netzsperrungen äusserst heikel, und es würde ein Präzedenzfall geschaffen werden, welcher unter Umständen dazu führen könnte, dass in Zukunft die Konkurrenz aus dem Ausland digital ausgesperrt und so der Markt künstlich verändert wird.

Diese Regelung ist zudem zu hinterfragen, weil jeder Nutzer über ganz simple digitale Programme, beispielsweise über einen VPN, mit welchem ein anderer als der tatsächliche «Standort» simuliert werden kann, diese Sperrung einfach umgehen kann. Der VPN verbindet die Nutzer des Programmes mit einem anderen Netz. Wodurch der Nutzer direkt Bestandteil

des «anderen» Netzes wird. Auf die hier kritisierte Regelung bezogen heisst dies, dass mit einem solchen Programm der Standort «digital» verschoben wird, aus der Schweiz in das Ausland. Folglich ist eine solche Regelung weder sinnvoll noch durchsetzbar, da diese Sperre sehr einfach umgangen werden kann.

Es wäre viel sinnvoller, wenn man das ausländische Angebot in das nationale Geldspielangebot integriert und einen Weg suchen würde, welcher eine Regulierung und eine Besteuerung solcher ausländischer Unternehmungen ermöglichen würde. Diese Mehreinnahmen könnte man zum Beispiel für die Sanierung der AHV verwenden.

Neue Werbemöglichkeit

Wir haben ein neues Publireportage-Format konzipiert. Mitglieder haben die Möglichkeit, sich und ihr Unternehmen vorzustellen und sich noch besser zu vernetzen.

Für das vordefinierte Format gewähren wir einen Mitglieder-Rabatt von 20 Prozent im Vergleich zum normalen Inseratetarif. Die Publireportage kostet 360 Franken.

Möchten Sie mitmachen, dann melden Sie sich auf info@fdp-bs.ch

Publireportage

FDP-Mitglieder stellen sich vor

Dominik Lingg ist ein langjähriges Mitglied der Basler FDP

Dominik Lingg ist Inhaber der Dominik Lingg AG. Das Unternehmen unterstützt Bauherren in sämtlichen Fragen rund um das effiziente und nachhaltige Bauen. Von Strategieentwicklungen sowie Planung bis hin zur Überwachung von Kosten und Terminen für Neubauten oder Sanierungen.

Wir freuen uns, wenn Sie Unternehmen der FDP-Mitglieder unterstützen.

Dominik Lingg Bautreuhand AG, Basel, Tel. 061 205 15 00, www.d-lingg.ch

